

Höhenflüge nur mit Schützenhilfe

ZÜRICH. Kantonale Abstimmungen sind seit Langem keine Strassenfeger mehr. Die Stimmbeteiligung vom letzten Sonntag war aber aussergewöhnlich tief.

ANNA WEPFER

Stehen auf dem Abstimmungs Menü nur kantonale Vorlagen, weckt das bei den Zürcherinnen und Zürchern keine grossen Stimmgelüste. Das zeigt eine gestern veröffentlichte Erhebung des statistischen Amtes: An den 33 rein kantonalen Abstimmungstagen seit 1981 füllten im Schnitt nur gerade 33 Prozent der Bevölkerung ihre Stimmzettel aus. In die Höhe schnellte die Stimmbeteiligung hingegen, wenn auch Eidgenössisches zur Debatte steht. Seit 1981 war das an 69 Sonntagen der Fall. Die durchschnittliche Beteiligung betrug in diesen Fällen 45 Prozent, wie Statistiker Peter Moser erklärt. Entscheide von nationaler Tragweite mobilisieren also deutlich besser.

Insofern durfte man am letzten Sonntag ohne eidgenössische Vorlage

nicht mit Traumquoten rechnen. Wie Mosers Zahlen nun aber zeigen, liegt die Stimmbeteiligung von 27,2 Prozent auch im Vergleich mit anderen rein kantonalen Abstimmungen klar unter dem Schnitt. Nur ein Viertel der Abstimmungen in den letzten 30 Jahren erzielte einen noch tieferen Wert.

Ausreisser nach unten gab es vor allem in den 80er-Jahren: Am 4. September 1983 kamen nur rund 22 Prozent der Bevölkerung an die Urne, wobei das «Gesetz über Wahlen und Abstimmungen» mit 21,8 Prozent die tiefste Beteiligung je erzielte. Damals gab es allerdings noch kein fakultatives Referendum, weshalb auch unbestrittene Vorlagen an die Urne kamen.

Regierung manipuliert nicht

Ganz anders am 6. Dezember 1992: Damals stimmte die Schweiz über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ab. Die Stimmbeteiligung bei dieser nationalen Vorlage lag bei sagenhaften 78,3 Prozent und trieb auch die Beteiligung an der kantonalen Abstimmung über die «Änderung des Verkehrsabgabengesetzes»

auf 77,5 Prozent. Und am 26. November 1989 stimmten 68,6 Prozent der Stimmberechtigten über die GSöA-Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee» ab. Auch die Beteiligung an den unspektakulären kantonalen Vorlagen stieg auf bis zu 68 Prozent.

Die Zürcher Regierung wisse um diese Diskrepanzen, sagt Sprecherin Susanne Sorg. Sie könne und wolle aber die kantonalen Abstimmungstermine nicht nach eigenem Gutdünken festlegen. «Es könnte manipulativ wirken, wenn die Regierung bestimmte Vorlagen absichtlich auf eidgenössische Termine schiebe.» Darum regeln verbindliche Fristen, wann ein Geschäft zur Abstimmung kommt.

Den wenigen Stimmenden vom letzten Wochenende stellt Statistiker Moser aber ein gutes Zeugnis aus. Er glaubt nicht, dass sie sich beim Polizei- und Justizzentrum von der komplizierten Fragestellung verwirren liessen. Bei den 27,2 Prozent handle es sich wohl um den «harten Kern», der immer an die Urne gehe – um «Prof-Urnengänger, die auch die komplexesten Vorlagenrätsel lösen können».